



- Beschlusskammer 6 -
BK6-22-300

Festlegung zur Durchführung der netzorientierten Steuerung von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen und steuerbaren Netzanschlüssen nach § 14a EnWG

Erläuterungen zu den Inhalten des Konsultationsdokumentes

Zu Ziffer 1. (Anwendungsbereich)

Mit der vorliegenden Festlegung trifft die Beschlusskammer bundeseinheitliche Regelungen, nach denen Betreiber von Elektrizitätsverteilernetzen verpflichtet sind, Vereinbarungen mit Letztverbrauchern, Anschlussnehmern und Lieferanten über die netzorientierte Steuerung der in ihrem Niederspannungsnetz angeschlossenen steuerbaren Verbrauchseinrichtungen oder Netzanschlüssen mit steuerbaren Verbrauchseinrichtungen (steuerbare Netzanschlüsse) zu schließen.

Die Vereinbarung über die netzorientierte Steuerung erfolgt privatvertraglich zwischen dem Netzbetreiber und dem Letztverbraucher als Betreiber der steuerbaren Verbrauchseinrichtung oder dem Anschlussnehmer. Die abzuschließende Vereinbarung hat die Vorgaben dieser Festlegung abzubilden.

Die Regelungen sind Ausdruck der dem Netzbetreiber obliegenden Systemverantwortung im Sinne der §§ 13 und 14 Absatz 1 EnWG. Auf Grundlage der Vereinbarung nach § 14a EnWG werden Betreiber der Elektrizitätsverteilernetze berechtigt, den netzwirksamen Leistungsbezug der in ihrem Niederspannungsnetz angeschlossenen steuerbaren Verbrauchseinrichtungen im Fall einer Gefährdung oder Störung des Netzes anlassbezogen zu reduzieren. Die vorliegende Maßnahme beschränkt sich dabei auf die Regelung einer möglichen Ausnahmesituation (ultima ratio), in der ein Handeln des Netzbetreibers zur Aufrechterhaltung der Systemstabilität zwingend erforderlich oder geboten ist.

Ausdrücklich nicht Gegenstand dieser Festlegung ist eine sonstige Vermarktung oder marktliche Beschaffung von Flexibilitätsdienstleistungen. Die vorliegende Gestaltung des §14a EnWG adressiert eine konkrete sicherheitsrelevante Situation und steht nicht in Abhängigkeit zu möglichen anderen marktlichen Instrumenten einer Nutzung von Flexibilität. Systematisch ist die netzorientierte Steuerung im Sinne dieser Festlegung eine Systemsicherheitsmaßnahme und als marktbezogene Maßnahme i.S.v. § 13 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 EnWG einzuordnen. Sie folgt damit zur Anwendung und Abwicklung den in §13 EnWG beschriebenen Voraussetzungen, die durch die Vereinbarung zu §14a EnWG konkretisiert werden.

Eine freiwillige Vermarktung der Flexibilität von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen bleibt grundsätzlich unbenommen. Der Anlagebetreiber kann Leistung beispielsweise einem Lieferanten oder Aggregator zur Vermarktung anbieten oder am Markt für die Bereitstellung von Regelreserve teilnehmen. Dabei gilt wohl zu beachten, dass im Fall eines konkurrierenden Abrufs der Leistung stets der Maßnahme nach § 14a EnWG Vorrang einzuräumen ist. Das Primat der netzorientierten Steuerung ergibt sich bereits aus ihrer Natur als Systemsicherheitsmaßnahme, welcher sich jede marktliche Nutzung der Flexibilität unterzuordnen hat. Praktisch liegt die Umsetzung zunächst in der Verantwortung des Betreibers der steuerbaren Verbrauchseinrichtung. Er muss sicherstellen, dass dem Abrufsignal des Netzbetreibers technisch jederzeit unbedingter Vorrang eingeräumt wird.

Zu Ziffer 2. (Begriffsbestimmungen)

Zu Ziffer 2.1. (Netzbereich)

Neu eingeführt wird der Begriff des Netzbereichs, der eine enge lokale Begrenzung eines potenziell von einer Überlastung betroffenen Teilbereichs des Niederspannungsnetzes des Netzbetreibers zulässt.

Der Netzbereich umfasst alle Betriebsmittel eines Netzstranges des Niederspannungsnetzes unter Einschluss der den Netzstrang versorgenden Transformatoren. Teilnetzgebiete eines Netzbetreibers, die so miteinander verbunden bzw. schaltbar sind, dass der Überlastung eines konkreten Betriebsmittels durch alternative Maßnahmen in den jeweiligen Teilnetzgebieten erfolgreich entgegengewirkt werden kann, zählen für diese Betrachtung als ein einziger Netzbereich. Eine isolierte Betrachtung der verbundenen Teilnetzgebiete ist aufgrund der Effekte einer Maßnahme für sämtliche betroffene Teilnetzbereiche nicht zielführend.

Zu Ziffer 2.3. (netzwirksamer Leistungsbezug)

Um die maximale Höhe der Vorgabe zur Leistungseinsenkung des Netzbetreibers zu ermitteln, wird zukünftig im Rahmen der netzorientierten Steuerung auf den netzwirksamen Leistungsbezug einer bzw. mehrerer steuerbarer Verbrauchseinrichtung(en) abgestellt. Der netzwirksame Leistungsbezug zielt auf die elektrische Leistung ab, die über den Netzanschlusspunkt durch eine bzw. mehrere steuerbare Verbrauchseinrichtung(en) aus dem öffentlichen Netz bezogen wird.

Ausdrücklich hervorgehoben wird, dass der netzwirksame Leistungsbezug ausschließlich auf den Leistungsbezug einer bzw. ggfs. mehrerer steuerbarer Verbrauchseinrichtung(en) abzielt. Der Strombezug, der z.B. für die Deckung des allgemeinen Bedarfs von Haushalten, Gewerben, etc. aus dem Netz entnommen wird, zählt nicht zu dem für die steuerbare Verbrauchseinrichtung anzulegenden netzwirksamen Leistungsbezug. Dieser Strombezug, der nicht auf eine steuerbare Verbrauchseinrichtung entfällt, ist weder durch den Netzbetreiber steuerbar, noch wird er durch die Vorgaben dieser Festlegung limitiert.

Zu Ziffer 2.4. (steuerbare Verbrauchseinrichtung)

Basierend auf der beispielhaften Aufzählung der steuerbaren Verbrauchseinrichtungen in §14a Absatz 3 EnWG werden für den Geltungsbereich dieser Festlegung die davon erfassten Anlagen definiert.

Zu den steuerbaren Verbrauchseinrichtungen zählen demnach nicht öffentlich zugängliche **Ladepunkte für Elektromobile**. Die Anforderungen an einen öffentlich zugänglichen Ladepunkt sind gesetzlich normiert: Ein Ladepunkt ist gem. § 2 Nr. 5 LSV öffentlich zugänglich, wenn der zum Ladepunkt gehörende Parkplatz von einem unbestimmten oder nur nach allgemeinen Merkmalen bestimmbar Personenkreis tatsächlich befahren werden kann, es sei denn, der Betreiber hat am Ladepunkt oder in unmittelbarer räumlicher Nähe zum Ladepunkt durch eine deutlich sichtbare Kennzeichnung oder Beschilderung die Nutzung auf einen individuell bestimmten Personenkreis beschränkt; der Personenkreis wird nicht allein dadurch bestimmt, dass die Nutzung des Ladepunktes von einer Anmeldung oder Registrierung abhängig gemacht wird.

Die Beschlusskammer hat im Rahmen der ersten Konsultation viele Stellungnahmen erhalten, die sowohl eine Öffnung der Regelung für eine freiwillige Teilnahme als auch eine Ausnahme von der verpflichtenden Teilnahme bestimmter Einzelfallkonstellationen, die unter anderem von Seiten der Stellungnehmer als halb-öffentliche bzw. halb-private Ladepunkte oder ähnliches eingeordnet wurden, forderten. Allerdings sind die vorgetragenen Konstellationen weder als gesonderte Kategorien gesetzlich definiert noch anderweitig verbindlich abgegrenzt. Die vom Gesetzgeber im Rahmen der Definition der steuerbaren Verbrauchseinrichtung getroffene Einschränkung der steuerbaren Verbrauchseinrichtungen auf nicht öffentlich zugängliche Ladepunkte hebt aus Sicht der Beschlusskammer bereits das wegweisende Kriterium heraus. Es stellt sicher, dass zu jeder Zeit an öffentlichen Ladepunkten eine uneingeschränkte Möglichkeit für das Laden von Elektromobilen besteht. Zur Ausnahme von der Teilnahmepflicht für Ladepunkte für Elektromobile, die von Institutionen betrieben werden, die gemäß § 35 Absätze 1 und 5a Straßenverkehrsordnung (StVO) Sonderrechte in Anspruch nehmen dürfen, siehe die Ausführungen zu Ziffer 3.1.b..

Darüber hinaus fallen **Wärmepumpen** unter Einbeziehung von Zusatz- oder Notheizvorrichtungen (z.B. Heizstäbe) unter die Definition der steuerbaren Verbrauchseinrichtungen. Die Beschlusskammer hat mehrere Forderungen erhalten, dass nicht nur Wärmepumpen, sondern auch Direkt- oder Infrarotheizungen und ähnliche Heizgeräte unter die steuerbaren Verbrauchseinrichtungen gefasst werden sollten. Dies wird insbesondere mit dem zum Teil hohen Leistungsbezug dieser Heizgeräte begründet. Allerdings ist der maximale Leistungsbezug solcher Heizgeräte aus Sicht der Beschlusskammer nicht das treibende Kriterium für die Einordnung der Direkt- oder Infrarotheizungen. Im Gegensatz zu den Wärmepumpen verfügen diese Direkt- und Infrarotheizungen nicht über die Möglichkeit, ein bereits erwärmtes Speichermedium wie beispielsweise Wasser in einem Pufferspeicher vorzuhalten und eventuelle temporäre Leistungseinschränkungen ohne spürbaren Komfortverlust zu überbrücken. Daher würde eine Einschränkung der netzwirksamen Bezugsleistung der Direkt- oder Infrarotheizungen unmittelbare Effekte auf die Raumtemperatur nach sich ziehen und ungleich härtere Konsequenzen für die betroffenen Verbraucher bedeuten, die zum Schutz der Verbraucher in dieser Form nicht hinnehmbar scheinen.

Auch hinsichtlich der im Eckpunktepapier noch unter Anlagen zur Erzeugung von Kälte genannten steuerbaren Verbrauchseinrichtungen hat die Beschlusskammer eine Vielzahl von Stellungnahmen erhalten, die zu einer Konkretisierung der Anlagen zur **Raumkühlung** geführt hat. Die Beschlusskammer trägt dabei den vorgetragenen Hinweisen hinsichtlich der strengen Vorgaben insbesondere für die ununterbrochene Kühlung von Lebensmitteln und einigen medizinischen Produkten Rechnung. Im Falle sensibler Lebensmittel oder auch medizinischer Produkte könnten selbst temporäre netzorientierte Steuerungseingriffe des

Netzbetreibers zu einer Verletzung der Qualitätsanforderungen führen. Daher werden Geräte zur Kühlung von Lebensmitteln u.ä. nicht unter die steuerbaren Verbrauchseinrichtungen subsumiert. Zu den steuerbaren Verbrauchseinrichtungen zählen daher nur die Anlagen zur Erzeugung von Kälte, die zur allgemeinen Kühlung von Räumen (insbesondere Wohn-, Büro-, Aufenthalts- und Produktionsräumen) dienen.

Darüber hinaus zählen **Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie (Stromspeicher)** hinsichtlich der Strombezugsrichtung zu den steuerbaren Verbrauchseinrichtungen. Dadurch wird sichergestellt, dass auch die technische Ausstattung nebst erforderlichen Steuerungseinrichtungen der Anlagen den Anforderungen der netzorientierten Steuerung genügt.

Die in dem Festlegungsverfahren getroffene Definition der steuerbaren Verbrauchseinrichtungen ist abschließend. Steuerbare Verbrauchseinrichtungen, die nach Art und Einsatz unter die Definition der steuerbaren Verbrauchseinrichtungen dieser Festlegung fallen, deren maximaler Leistungsbezug jedoch nicht mehr als 4,2 kW beträgt, werden weder für die netzorientierte Steuerung herangezogen, noch können sie sich freiwillig für eine Teilnahme an der netzorientierten Steuerung nach dieser Festlegung entscheiden. Auch im Rahmen der netzorientierten Steuerung ist stets ein netzwirksamer Leistungsbezug von 4,2 kW zu gewähren. Anlagen, deren maximaler Leistungsbezug weniger als 4,2 kW beträgt, sind daher nicht in der Lage, einen Beitrag zur Reduktion des netzwirksamen Leistungsbezuges zu erbringen.

Die Aufgriffsgrenze für die Teilnahmeverpflichtung sowie für den mindestens zu gewährenden netzwirksamen Leistungsbezug wurde in Reaktion auf einige Stellungnahmen aus der ersten Konsultationsrunde von den ursprünglich 3,7 kW auf nun 4,2 kW angehoben. Insoweit wurde zutreffend darauf hingewiesen, dass jedenfalls Ladepunkte für Elektromobile eine technisch bedingte Leistungsuntergrenze von 6 Ampere je Phase aufweisen, was bei einem dreiphasigem Betrieb rund 4,1 kW Leistung entspricht. Die Kammer hält es aus Gründen der Gleichbehandlung für angezeigt, diese Leistungsgrenze gleichermaßen auf alle von der Festlegung erfassten Kategorien steuerbarer Verbrauchseinrichtungen zu beziehen.

Allen erfassten steuerbaren Verbrauchseinrichtungen im Sinne dieser Festlegung ist gemeinsam, dass sie unmittelbar oder mittelbar in der Niederspannung, d.h. Netzebene 6 oder 7, angeschlossen sind. Anlagen, die nach Art, Einsatz und/ oder maximalem Leistungsbezug grundsätzlich unter die Definition der steuerbaren Verbrauchseinrichtungen fallen, allerdings in einer höheren Netzebene angeschlossen sind, fallen nicht in den Anwendungsbereich dieser Festlegung.

Zu Ziffer 2.5. (Betreiber)

Als Betreiber einer steuerbaren Verbrauchseinrichtung im Sinne dieser Festlegung wird der Letztverbraucher oder Anschlussnehmer im Sinne des §14a Absatz 1 Satz 1 EnWG definiert. Insbesondere in Fällen, in denen sich hinter einem Netzanschluss mehrere steuerbare Verbrauchseinrichtungen befinden, deren Betreiber ggf. unterschiedliche Letztverbraucher sind, kann eine zentrale Koordinierung der steuerbaren Verbrauchseinrichtungen durch ein Energie-Management-System sinnvoll sein. In solchen Fällen wird nicht mehr auf den einzelnen Letztverbraucher, der Betreiber einer steuerbaren Verbrauchseinrichtung ist, abgestellt, sondern vielmehr auf den Anschlussnehmer, der die einzelnen steuerbaren Verbrauchseinrichtungen hinter seinem Netzanschluss koordiniert und bündelt.

Zu Ziffer 2.6. (Netzzustandsermittlung)

Als ein wesentlicher Unterschied der dynamischen Steuerung zur statischen Steuerung wurde im Eckpunktepapier der ersten Konsultation hervorgehoben, dass die dynamische Steuerung auf einer messtechnisch in Echtzeit konkret festgestellten Auslastungssituation in Bezug auf die betroffenen Betriebsmittel fußt, wohin gegen die statische Steuerung ausschließlich rechnerisch auf Planwerten basieren sollte.

Die Beschlusskammer haben in den Stellungnahmen viele Fragen und Hinweise zu den auslösenden Faktoren für eine dynamische Steuerung, die nunmehr als netzorientierte Steuerung bezeichnet wird, erreicht, die im Wesentlichen auf eine Konkretisierung des Auslösers abzielten.

Zu diesem Zweck beabsichtigt die Beschlusskammer, als Auslöser für die netzorientierte Steuerung die Netzzustandsermittlung festzulegen. Die Netzzustandsermittlung leitet basierend auf Echtzeit-Messungen des jeweiligen Netzbereichs unter Berücksichtigung von Netzmodellen und -berechnungen die Auslastung eines Netzbereichs ab. Sie dient als Basis für die Ermittlung der objektiven Erforderlichkeit einer netzorientierten Steuerung durch den Netzbetreiber und hat stets nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft und Technik zu erfolgen.

Die Netzzustandsermittlung weist einige Parallelen zu der bisher ausschließlich in höheren Spannungsebenen zur Anwendung kommenden Netzzustandsschätzung („state estimation“) auf. Dort hat sie sich u.a. bei der Netzbetriebsführung von Übertragungsnetzen etabliert. Die Parameter der Netzzustandsschätzung können jedoch nicht eins zu eins auf die Anforderungen der Beobachtbarkeit der Niederspannung übertragen werden. Daher führt die Beschlusskammer den Begriff der Netzzustandsermittlung ein und legt einen Mindeststandard für die in Echtzeit messtechnisch erhobenen Eingangsgrößen fest.

Um eine ausreichende Qualität und damit eine belastbare Aussagekraft der Netzzustandsermittlung sicherzustellen, sind aus Sicht der Beschlusskammer für den jeweiligen Netzbereich Netzzustandsdaten von mindestens 20 Prozent aller Anschlussnehmer des Netzbereiches oder Netzzustandsdaten der Trafoabgänge in Kombination mit Messungen bei mindestens 10 Prozent aller Anschlussnehmer heranzuziehen. Die Netzzustandsdaten müssen mindestens die Granularität von einer Minute aufweisen und sind mindestens minütlich zu aktualisieren. Zusätzlich ist die Qualität der Netzzustandsermittlungen durch ggfs. temporäre vergleichende ausschließliche Messungen an den Betriebsmitteln sicherzustellen und kontinuierlich zu verbessern.

Setzt man diese hochaktuellen Netzzustandsdaten in Bezug zu den generellen Parametern des Netzbereichs, so lassen sich hinreichend aussagekräftige Aussagen zu der Spannung, der Auslastung von Transformatoren und Leitungen in dem Netzbereich treffen. Zu diesen generellen Parametern des Netzbereichs können sowohl grundlegende Daten zu der Netztopologie, den elektrischen Eigenschaften der eingesetzten Betriebsmittel sowie Daten zu den Netzanschlüssen insbesondere z.B. hinsichtlich der installierten Leistungen von Einspeisern bzw. Verbrauchseinrichtungen zählen. Diese Daten können durch historische Erfahrungswerte ergänzt werden.

Nach derzeitigem Kenntnisstand der Beschlusskammer sind die oben genannten in Echtzeit messtechnisch erfassten Netzzustandsdaten ausreichend, sofern sie an den für den Netzbereich aussagekräftigen Punkten erhoben werden und durch temporäre vergleichende

Messungen an den Betriebsmitteln regelmäßig überwacht werden. Gleichzeitig lässt die Regelung dem Netzbetreiber die Wahl, ob er sich ausschließlich auf die Netzzustandsdaten der Anschlussnehmer des Netzbereichs stützen möchte oder in dem jeweiligen Fall eine messtechnische Erfassung des Trafoabgangs erfolgen sollte.

Zu Ziffer 3. (Teilnahmeverpflichtung)

Die beabsichtigte Festlegung sieht für die benannten Netzbetreiber und für Betreiber einer steuerbaren Verbrauchseinrichtung mit einer technischen Inbetriebnahme nach dem 31.12.2023 die Pflicht vor, eine privatrechtliche Vereinbarung über die netzorientierte Steuerung abzuschließen.

Technische Inbetriebnahme bedeutet, dass die steuerbare Verbrauchseinrichtung zum Stichtag installiert und zum Betrieb bereit ist. Die abzuschließende privatrechtliche Vereinbarung hat die im Rahmen dieser Festlegung getroffenen Regelungen abzubilden und sich darin zu erschöpfen. Ein Letztverbraucher als Betreiber einer steuerbaren Verbrauchseinrichtung kann seiner Teilnahmeverpflichtung auch dadurch nachkommen, dass er den Anschlussnehmer zum Vertragsschluss mit dem Netzbetreiber ermächtigt. Ein Anschlussnehmer kann auch im Namen mehrerer Letztverbraucher als Betreiber von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen hinter dem betreffenden Netzanschlusspunkt die entsprechende vertragliche Vereinbarung mit dem Netzbetreiber abschließen. In diesen Fällen ist im Innenverhältnis zwischen dem Anschlussnehmer und den Letztverbrauchern als Betreiber der steuerbaren Verbrauchseinrichtungen sicherzustellen, dass die Vorgaben des Regelwerks der Beschlusskammer umfassend umgesetzt werden. Dies ermöglicht es beispielsweise auch, im Innenverhältnis individuelle konkrete Regelungen über die Aufteilung der Summe des insgesamt zu gewährenden netzwirksamen Leistungsbezuges unter Berücksichtigung des anzuwendenden Gleichzeitigkeitsfaktors zwischen den Parteien zu treffen, sofern technisch und organisatorisch sichergestellt ist, dass die Begrenzung des netzwirksamen Leistungsbezugs durch den Netzbetreiber in Summe insgesamt nicht überschritten wird.

Steuerbare Verbrauchseinrichtungen im Sinne dieser Festlegung dürfen somit nach dem 31.12.2023 nur dann an das Niederspannungsnetz angeschlossen und betrieben werden, wenn durch den Letztverbraucher als Betreiber bzw. den Anschlussnehmer eine Vereinbarung im vorgenannten Sinne mit dem Netzbetreiber geschlossen wurde. Andernfalls ist nach dem 31.12.2023 der Anschluss einer steuerbaren Verbrauchseinrichtung an das Niederspannungsnetz und deren Betrieb nicht gestattet. Eine Ausnahme stellen nach dem Regelwerk Ladepunkte für solche Elektromobile dar, die von Institutionen betrieben werden, die gemäß § 35 Absätze 1 und 5a Straßenverkehrsordnung (StVO) Sonderrechte in Anspruch nehmen dürfen.

Die von der Beschlusskammer vorgesehene Teilnahmeverpflichtung stellt im Kontext der Umsetzung des § 14a EnWG ein maßgebliches Element dar, um trotz des starken Zuwachses von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen deren unmittelbare Integration in die Niederspannungsnetze bei gleichzeitiger Gewährleistung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems sicherzustellen. Durch die ab dem 01.01.2024 geltende Teilnahmeverpflichtung, und der damit einhergehenden Einbindung in das von der Beschlusskammer erarbeitete Regelwerk, wird den Netzbetreibern die Möglichkeit eröffnet,

als ultima ratio zur Wahrung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems dimmend auf den netzwirksamen Bezug von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen einzuwirken. Im Gegenzug für diese ultima ratio erhalten die Betreiber von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen die Gewissheit, dass die Integration und der Betrieb einer neu zu errichtenden steuerbaren Verbrauchseinrichtung nicht unter Verweis auf zu geringe Kapazitäten im konkreten Niederspannungsstrang durch den Netzbetreiber abgelehnt werden kann. Somit kann durch den Betreiber eine unmittelbare Integration erfolgen, die nicht unter Verweis auf Netzausbaumaßnahmen versagt oder verzögert wird.

Zu Ziffer 3.2.

In Reaktion auf im Rahmen der Konsultation vorgebrachte Fragen nennt Ziffer 3.2 klarstellend und nicht abschließend Tatbestände, welche nicht zum Ausschluss der Teilnahmepflicht führen.

Zunächst lässt sich die etwaige Zahlung eines Baukostenzuschusses nicht zum Ausschluss anführen. Zwar leistet der Anschlussnehmer durch den Baukostenzuschuss einen Beitrag zur Verwirklichung seines gesetzlichen verbürgten Anspruchs auf Netzanschluss, der wiederum die Anschlussnutzung im Rahmen der vereinbarten Kapazität gewährleistet. Die vereinbarte Anschlusskapazität schützt aber nicht vor Eingriffen, die jeder Anschlussnutzer zur Aufrechterhaltung der Systemsicherheit hinnehmen muss.

Auch das Eingehen anderweitiger marktlicher Verpflichtungen steht der Teilnahmepflicht nicht entgegen. So rechtfertigt etwa die mögliche Teilnahme am Markt für Regelreserve keine Ausnahme von der Teilnahme an der netzorientierten Steuerung nach §14a EnWG. Aufgrund der zu erwartenden Größe der teilnahmepflichtigen Anlagen ist davon auszugehen, dass ein Angebot von Regelreserve regelmäßig über einen Pool kontrahiert und erbracht wird. Dabei ist im Rahmen der mit dem Poolbetreiber zu treffenden Absprache der Vorrang des Abrufsignals zur Leistungsreduzierung nach §14a EnWG im Fall einer Konkurrenz zu berücksichtigen, andererseits aber unbedingt eine ausreichende Dimensionierung des Regelreservepools sicherzustellen.

Schließlich besteht die Teilnahmepflicht für beide Seiten, also für Netzbetreiber und Betreiber, auch wenn in dem Netz bis dahin noch keine Engpässe aufgetreten sind und es aus Sicht des Netzbetreibers absehbar auch noch nicht zu Kapazitätsengpässen kommen wird. Grund hierfür ist, dass die Teilnahmepflicht bundesweit einheitliche Voraussetzungen für die über die kommenden Jahre erwartete, in seiner Auswirkung auf das Netz aber noch nicht abschließend zu wertende Integration der steuerbaren Verbrauchseinrichtungen bei gleichzeitigem Ausbau Erneuerbarer Energien schaffen soll. Als Notfallinstrument ist die Anlage der Steuerung unentbehrlich. Der Auf- und Zubau von Steuerungs- und moderner Messtechnik sowie von Kommunikationswegen im Netz schaffen aber auch Synergieeffekte für die Digitalisierung des gesamten Netzes, welche für die Bewältigung der Energiewende unentbehrliche Voraussetzungen sind.

Zu Ziffer 4. (Netzorientierte Steuerung)

Die netzorientierte Steuerung bildet im Wesentlichen die im Eckpunktepapier als dynamische Steuerung des Zielmodells skizzierte Steuerung durch den Netzbetreiber ab. In den Begriff der netzorientierten Steuerung gehen die bisher im Eckpunktepapier verwendeten

Begrifflichkeiten der Einzelsteuerung und der Prosumersteuerung über und werden dadurch abgelöst.

Die netzorientierte Steuerung durch den Netzbetreiber ist eine Maßnahme, die nur als ultima ratio zur Abwendung einer Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit seines Netzes aufgrund von Überlastungen der Betriebsmittel eines Netzbereichs ergriffen werden darf. Folglich dient sie ausschließlich der Beseitigung von Gefährdungen oder Störungen durch Betriebsmittelüberlastungen oder unzulässige Spannungswerte in dem betroffenen Netzbereich. Eine netzorientierte Steuerung durch vorgelagerte Netzbetreiber ist auf Grundlage des §14a EnWG nicht vorgesehen. Die netzorientierte Steuerung ist eine rein kurative Maßnahme, die weder präventiv, noch vom Netzbetreiber als potenzielle „flexibel“ steuerbare Last betrachtet und eingesetzt werden darf.

Der Netzbetreiber muss im Falle einer drohenden Überlastung im Sinne von §§ 13 i.V.m. 14 Absatz 1 EnWG Maßnahmen ergreifen, die dieser Überlastung entgegenwirken. Diese konkret drohende Überlastung kann der Netzbetreiber nur identifizieren, wenn er genaue Kenntnis über den aktuellen Zustand des jeweiligen Netzbereichs hat. Diese Information wiederum kann er nur aus einer aktuellen Netzzustandsermittlung entnehmen und daraus sehr kurzfristig geeignete Maßnahmen zur Abhilfe der Überlastung ableiten und ergreifen. Daher dürfen zwischen der Netzzustandsermittlung und der Übermittlung des Steuerbefehls maximal 3 Minuten vergehen.

Nur in den engen Grenzen dieser Festlegung darf der Netzbetreiber den netzwirksamen Leistungsbezug der steuerbaren Verbrauchseinrichtungen eines Netzbereichs für die Dauer einer potenziellen Überlastung der Betriebsmittel reduzieren. Die netzorientierte Steuerung ist in ihrem notwendigen Umfang hinsichtlich der zeitlichen Dauer beschränkt. Das bedeutet, dass ein Dimmen des Leistungsbezuges selbstverständlich zurück zu nehmen ist, sobald die Gefährdung oder Störung des Netzes behoben ist. Darüber hinaus ist der Netzbetreiber grundsätzlich in der Auswahl der ihm zur Ausübung seiner Systemverantwortung zur Verfügung stehenden Mittel einem diskriminierungsfreien Handeln verpflichtet. Er kann daher nicht beliebig und wahllos einzelne Anschlüsse in einem Netzbereich dimmen. Vielmehr müsste er die entlastende Wirkung der jeweiligen Maßnahme auf die Ursache und mögliche Beseitigung des Engpasses oder Überlastung im Netz prüfen und anhand einheitlicher Kriterien eine gleiche Behandlung aller Betreiber der steuerbaren Verbrauchseinrichtungen gewährleisten. Für die Zwecke einer in der Praxis schnellen und allen gegenüber gleich zu treffenden Entscheidung wird zur Erleichterung der Rechtfertigung eines sachgerechten Handelns unterstellt, dass sämtlichen in einem Netzbereich angeschlossenen Anlagen eine gleiche Wirkung auf die Entlastung des Netzes zukommt.

Die Limitierung des Umfangs der netzorientierten Steuerung betrifft nicht nur die zeitliche Dauer, sondern auch die Intensität der Maßnahme. Dies bedeutet, dass der Netzbetreiber im Rahmen der netzorientierten Steuerung nicht per se alle Verbrauchseinrichtungen des Netzbereichs auf einen netzwirksamen Leistungsbezug von 4,2 kW dimmen darf. Der Netzbetreiber darf eine Einsenkung nur in dem Maße vornehmen, das zur Abhilfe der konkreten Überlastung notwendig ist. Folglich bildet der Leistungswert in Höhe von 4,2 kW lediglich das Mindestmaß des netzwirksamen Leistungsbezugs, das seitens des Netzbetreibers stets zu gewähren ist. Sollten sich hinter einem Netzanschluss mehr als eine steuerbare Verbrauchseinrichtung befinden, so wird der minimale netzwirksame Leistungsbezug am Netzanschlusspunkt dementsprechend erhöht. Pro steuerbarer

Verbrauchseinrichtung wird der jeweils zugestandene netzwirksame Leistungsbezug in Höhe von 4,2 kW unter Berücksichtigung eines Gleichzeitigkeitsfaktors angelegt.

Der Betreiber steuerbarer Verbrauchseinrichtungen kann den insgesamt zu gewährenden netzwirksamen Leistungsbezug in seiner Kundenanlage nach seinen Bedürfnissen einsetzen. Diese Vorgabe vereint letztlich die im Eckpunktepapier gesondert aufgeführten Modelle der Einzelsteuerung einer steuerbaren Verbrauchseinrichtung und der Prosumersteuerung. Der Betreiber kann sich, egal ob hinter dem Anschluss eine oder mehrere steuerbare Verbrauchseinrichtungen im Einsatz sind, weiterhin für die Leistungsreduzierung unmittelbar an jeder steuerbaren Verbrauchseinrichtung entscheiden. In diesem Fall wird eine konkrete und direkte Leistungsvorgabe für jede einzelne Verbrauchseinrichtung ausgegeben (**Direktansteuerung**).

Für den Betreiber mehrerer steuerbarer Verbrauchseinrichtungen bedeutet diese Direktansteuerung allerdings, dass die einzelne steuerbare Verbrauchseinrichtung im Falle einer objektiv erforderlichen Leistungsreduzierung niemals eine höhere Leistung beziehen kann, selbst wenn diese, z.B. aufgrund gleichzeitig hinter dem Netzanschluss erzeugter Energie, im Saldo am Netzverknüpfungspunkt einen geringeren netzwirksamen Effekt aufweisen würde.

Daher bietet sich für Fälle

- mehrerer steuerbarer Verbrauchseinrichtungen oder
- gleichzeitig hinter einem Netzanschluss erzeugter Energie oder
- aus einem Speicher entnommener Energie

der Einsatz eines **Energie-Management-Systems** zur kundenanlageninternen Koordination der steuerbaren Verbrauchseinrichtungen sowie eventuell dort erzeugter Energiemengen an. Dies ermöglicht es dem Betreiber, den gewährten netzwirksamen Leistungsbezug vollständig für den Betrieb einer steuerbaren Verbrauchseinrichtung einzusetzen oder diese zwischen den steuerbaren Verbrauchseinrichtungen nach seinen Bedürfnissen zu verteilen und ermöglicht es darüber hinaus, dass Energie, die zeitgleich in der Kundenanlage hinter diesem Netzanschluss erzeugt bzw. aus einem Speicher zur Verfügung gestellt wird, stets vorrangig und unbeeinflusst durch eventuelle netzorientierte Steuerungsmaßnahmen des Netzbetreibers innerhalb der Kundenanlage eingesetzt werden kann.

Sollten sich hinter einem Netzanschluss steuerbare Verbrauchseinrichtungen unterschiedlicher Letztverbraucher befinden, so steht es diesen Betreibern frei, für eine (oder mehrere) steuerbare Verbrauchseinrichtung(en) die Variante der Direktansteuerung zu wählen und/oder sich für den Einsatz eines Energie-Management-Systems zu entscheiden. In diesem Fall sind die entsprechenden kundenanlagen-internen Abstimmungen zwischen den Letztverbrauchern, die eine steuerbare Verbrauchseinrichtung betreiben und dem Anschlussnehmer, der im weiteren dann die gebündelten steuerbaren Verbrauchseinrichtungen gegenüber dem Netzbetreiber verwaltet, zu treffen. Im Außenverhältnis tritt dann ausschließlich der Anschlussnehmer oder ein durch ihn beauftragter Dienstleister als Betreiber auf.

Die Ausstattung der Messstelle mit den erforderlichen Mess- und Steuerungseinrichtungen, die Durchführung der Steuerung sowie die Übermittlung der damit verbundenen Daten richtet sich insbesondere nach Vorgaben des EnWG und des MsbG. Darüber hinaus hat die Entscheidung des Betreibers für eine Direktansteuerung einer steuerbaren

Verbrauchseinrichtung oder die Ansteuerung eines Energie-Management-Systems zur Bündelung mehrerer steuerbarer Verbrauchseinrichtungen hinter einem Netzanschluss Einfluss auf die erforderlichen Mess- und Steuerungseinrichtungen. Der Betreiber hat sicherzustellen, dass die für das Mess- bzw. Steuerungskonzept erforderlichen technischen Einrichtungen eingebaut und jederzeit technisch betriebsbereit sind sowie dass der seitens des Netzbetreibers vorgegebene gewährte netzwirksame Leistungsbezug nicht überschritten wird.

Dies bedeutet auch, dass, sofern es einer steuerbaren Verbrauchseinrichtung aus technischen Gründen nicht möglich ist, den netzwirksamen Leistungsbezug auf den vom Netzbetreiber vorgegebenen Wert zu reduzieren, eine Einsenkung der Verbrauchseinrichtung auf den nächstgeringeren Wert zu erfolgen hat.

Für alle von der Festlegung vorgesehenen Fallkonstellationen

- einer einzelnen steuerbaren Verbrauchseinrichtung,
- mehrerer steuerbarer Verbrauchseinrichtungen hinter einem Netzanschluss bzw.
- die Entscheidung für die Variante der Direktansteuerung oder
- der Variante der Ansteuerung eines Energie-Managements zur Bündelung mehrerer steuerbarer Verbrauchseinrichtungen

muss kein separater Zählpunkt eingerichtet werden. Folglich sind keine gesonderten Messeinrichtungen zur Ermittlung abrechnungsrelevanter Messwerte erforderlich. Sofern aus anderen Gründen, etwa zur Erlangung von Vergünstigungen bei Abgaben, Entgelten oder Umlagen eine separate Messung der steuerbaren Verbrauchseinrichtung erforderlich ist, bleibt dies auf Wunsch des jeweiligen Betreibers unbenommen. Mit der Einrichtung eines separaten Zählpunkts können mitunter Anpassungen der Kundenanlage notwendig sein, deren Kosten durch den Anschlussnehmer zu tragen sind.

Ziffer 4.8 stellt klar, dass im Gegenzug für das geänderte Verbrauchsverhalten des Letztverbrauchers, das durch eine temporäre Reduzierung des netzwirksamen Leistungsbezuges eintreten kann, kein bilanzieller Ausgleich im Bilanzkreis des den Letztverbraucher beliefernden Lieferanten stattfindet.

Zu Ziffer 5. (Sicherstellung des Netzanschlusses)

Aufgrund der verpflichtenden Teilnahme der steuerbaren Verbrauchseinrichtungen an der netzorientierten Steuerung kann der Netzbetreiber den Anschluss und die Nutzung ebendieser im Rahmen eines bestehenden oder zu errichtenden Anschlusses insbesondere nicht mit Verweis auf §§17 Absatz 2, § 18 Absatz 1 Nr. 1 EnWG verzögern oder ablehnen.

Gesetzlich verbürgt steht dem Letztverbraucher zunächst ein Anspruch auf Netzanschluss zu, der sowohl den Anschluss der steuerbaren Verbrauchseinrichtung als auch dessen Nutzung zum Betrieb derselben im Rahmen des bestehenden oder zu begründenden Anschlussverhältnisses umfasst. Dabei kann dahinstehen, ob der Anspruch im konkreten Fall unmittelbar aus der Anschlusspflicht der §§ 17 Absatz 1, 18 Absatz 1 EnWG hergeleitet wird, sich aus dem Nutzungsrecht im Rahmen eines bestehenden Anschlussverhältnisses im

Sinne von § 18 Absatz 1 EnWG i.V.m. §16 Absatz 1 NAV oder einer Erweiterung desselben im Sinne von § 18 Absatz 1 EnWG i.V.m. § 19 Absatz 1 NAV ergibt.

Der Gesetzgeber hat in § 17 Absatz 1 EnWG Ladepunkte für Elektromobile sowie Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie ausdrücklich aufgenommen und in die Anschlusspflicht einbezogen. Auch § 18 EnWG in Verbindung mit den Vorgaben der NAV sichern den Anspruch des Letztverbrauchers auf Herstellung und Nutzung des Anschlusses im Rahmen der vereinbarten Kapazität, was den Anschluss und Betrieb steuerbarer Verbrauchseinrichtungen einschließt. Kommt es durch den Anschluss einer steuerbaren Verbrauchseinrichtung zu einer leistungserhöhenden oder mit möglicher Netzzrückwirkung behafteten Erweiterung oder Änderungen einer Kundenanlage, ist die Verwendung der zusätzlichen Verbrauchsgeräte, unter denen Ladeeinrichtungen für Elektromobile explizit genannt sind, dem Netzbetreiber gemäß § 19 Absatz 2 NAV grundsätzlich nur mitzuteilen. Im Umkehrschluss ist die Integration der Verbrauchseinrichtung in eine bestehende Kundenanlage grundsätzlich von der allgemeinen Anschlusspflicht und dem damit einhergehenden Nutzungsrecht ohne weiteres umfasst. Erst wenn der Anschluss von Ladeeinrichtungen eine Summen-Bemessungsleistung von 12 Kilovoltampere überschreitet, löst dies eine notwendige Zustimmung des Netzbetreibers aus, welche zugleich mit einer Abhilfepflicht verbunden ist.

Das Recht auf Anschluss und Anschlussnutzung besteht für steuerbare Verbrauchseinrichtungen insofern unstreitig. Dennoch haben viele Konsultationsteilnehmer die Befürchtung geäußert, dass es in der Praxis zu Verzögerungen bei der Realisierung des Anschlusses unter dem Vorwand mangelnder Kapazität im Netz kommen könne. Dabei ist eine Verweigerung des Anschlusses oder der Anschlussnutzung grundsätzlich nur unter äußerst engen Voraussetzungen möglich. Der Verweigerung aufgrund eines vom Netzbetreiber befürchteten Kapazitätsmangels steht insbesondere die gesetzliche Systematik des §14a EnWG entgegen. Die Anschlusspflicht korreliert mit einem Kontrahierungszwang des Letztverbrauchers oder des Betreibers der steuerbaren Verbrauchseinrichtung. Die netzorientierte Steuerung garantiert die Möglichkeit eines Eingriffs als ultima ratio-Lösung im Fall einer temporären, lokalen Netzüberlastung. Aufgrund der verpflichtenden Teilnahme an der netzorientierten Steuerung entfällt jede Rechtfertigung, die Realisierung eines Anschlusses der steuerbaren Verbrauchseinrichtung oder deren vereinbarte und bestimmungsgemäße Nutzung insbesondere unter dem Vorwand möglicherweise unzureichender Kapazität zu verzögern oder abzulehnen.

Zu Ziffer 6. (Netzausbau)

Nach § 11 Absatz 1 EnWG sind Netzbetreiber verpflichtet, ein sicheres, zuverlässiges und leistungsfähiges Energieversorgungsnetz diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht zu optimieren, zu verstärken und auszubauen, soweit es wirtschaftlich zumutbar ist. Grundsätzlich muss nur ein dauerhaft bestehender Bedarf an angemessener und kostengünstiger Infrastruktur geschaffen und aufrechterhalten werden. Als milderer Mittel zu einem Ausbau sind zuerst Maßnahmen einer Netzoptimierung zu wählen. Bei der Betrachtung des Netzausbaubedarfs hat der Netzbetreiber die durch die Integration steuerbarer Verbrauchseinrichtungen erwartete höhere Gleichzeitigkeit sowie möglicherweise notwendige Eingriffe, die auf eine notwendige Ertüchtigung oder Erweiterung einzelner Netzbereiche hindeuten, vorausschauend in seiner Planung zu berücksichtigen.

Dabei bedeuten sehr seltene Steuerungsmaßnahmen nicht zwingend gleich einen umfassenden Bedarf zur Anpassung und Ausbau des betroffenen Netzes. In jedem Fall einer netzorientierten oder präventiven Steuerung ist der Netzbetreiber aber verpflichtet, für sich zu prüfen, ob mit weiteren Maßnahmen zu rechnen ist und zugleich zu erwägen, inwiefern Maßnahmen der Abhilfe zu ergreifen sind. Ist beispielsweise andauernd mit weiteren Eingriffen zu rechnen oder werden regelmäßige präventive Eingriffe eingestellt, ist auch von einer notwendigen Anpassung des betroffenen Netzes auszugehen und die Netzausbauplanung für den betroffenen Netzbereich anzupassen.

Nicht immer ist dazu das Netz dabei vollständig zu erneuern. Als Maßnahme einer sofortigen Abhilfe können Überlastungen und damit weitere Steuerungseingriffe beispielsweise auch durch Netzschaltungen oder eine gleichmäßigere Auslastung der Phasen verhindert werden. Erst wenn derartige Maßnahmen nicht wirksam sind, müssen physische Erweiterungs- und Ausbaumaßnahmen ergriffen werden.

Bei Anpassungen der Netzausbauplanung ist grundsätzlich zu beachten, dass dies vorausschauend und im Einklang mit den Regionalszenarien nach § 14d EnWG zu geschehen hat.

Zu Ziffer 7. (Dokumentationspflichten)

Zahlreiche Konsultationsteilnehmer haben Bedenken bezüglich der zuverlässigen Umsetzung der Vorgaben zur netzorientierten Steuerung geäußert und die Möglichkeit einer Nachprüfung und Überwachung gefordert. Um Misstrauen auszuräumen und eine objektive Überprüfung zu ermöglichen, muss die Notwendigkeit und rechtmäßige Ausübung von Steuerungsmaßnahmen der Netzbetreiber objektiv überprüfbar sein. Die Anweisung der netzorientierten Steuerung ist nur auf Basis von Netzzustandsermittlungen und die im Ausnahmefall mögliche regelmäßige präventive Steuerung nur auf Basis von Netzberechnungen, welche deren Notwendigkeit anzeigen, erlaubt. Für Zwecke der Transparenz und Nachprüfung ist es notwendig, dass Netzbetreiber die Anzahl der vorhandenen steuerbaren Verbrauchseinrichtungen, die Steuerungsmaßnahmen, die zugrunde gelegten Netzzustandsermittlungen oder Berechnungen sowie die angestoßenen Ausbaumaßnahmen und die Netzplanung dokumentieren. Ziffer 7.4 sieht vor, dass die Dokumentation auf Verlangen der Bundesnetzagentur vorgelegt werden muss.

Auf der anderen Seite können auch auf Seiten des Netzbetreibers berechtigte Zweifel an der wirksamen Ausführung der Leistungsreduzierung aufkommen. Daher werden auch die Betreiber von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen in die Pflicht genommen, die Umsetzung möglicher Steuerungsmaßnahmen zu dokumentieren und nachzuweisen. Dies kann über geeignete Protokollierungen der steuerbaren Verbrauchseinrichtung direkt oder des eingesetzten Energiemanagementsystems geschehen. Im Fall berechtigter Zweifel ist die Dokumentation über die Ausführung des Steuerungssignals auf Verlangen dem jeweiligen Netzbetreiber vorzulegen. Eine Ausgestaltung der Mindestanforderungen zur technischen Umsetzung und Dokumentation des Steuerungsbefehls obliegt gemäß Ziffer 11.6 den Netzbetreibern.

Zu Ziffer 8. (Melde- und Informationspflichten)

Die im Rahmen dieser Festlegung getroffenen Vorgaben zum verpflichtenden Abschluss von Vereinbarungen über die netzorientierte Steuerung von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen oder von Netzanschlüssen mit steuerbaren Verbrauchseinrichtungen setzt notwendigerweise auf Seiten der Netzbetreiber Kenntnis über die in ihrem Netzgebiet betriebenen steuerbaren Verbrauchseinrichtungen im Sinne dieser Festlegung voraus. Ohne diese Informationen kann der Netzbetreiber nicht nachvollziehen, ob für alle in seinem Netzbereich betriebenen steuerbaren Verbrauchseinrichtungen die entsprechenden Vereinbarungen nach Ziffer 3 dieser Festlegung abgeschlossen wurden. Darüber hinaus benötigt der Netzbetreiber diese Informationen auch als Kennzahl, um im Bedarfsfall in seinem Netzgebiet die Reduzierung des netzwirksamen Leistungsbezuges einer steuerbaren Verbrauchseinrichtung im erforderlichen Umfang auf Basis der Netzzustandsermittlung oder aufgrund von messtechnisch konkret festgestellten Auslastungssituationen bzw. aufgrund von rechnerisch oder netzplanerisch ermittelten Ergebnissen veranlassen zu können.

Unabhängig vom Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung über die netzorientierte Steuerung im Sinne dieser Festlegung besteht bereits nach § 19 Absatz 2 NAV die Verpflichtung, dem Netzbetreiber die Inbetriebnahme einer neu errichteten steuerbaren Verbrauchseinrichtung im Voraus mitzuteilen. Diese bereits bestehende Mitteilungspflicht wird durch die vorliegende Festlegung um die vertragliche Verpflichtung ergänzt, dass auch jede geplante leistungswirksame Änderung und Außerbetriebnahme einer steuerbaren Verbrauchseinrichtung dem Netzbetreiber durch den entsprechenden Letztverbraucher als Betreiber der steuerbaren Verbrauchseinrichtung anzuzeigen ist. Dies beruht darauf, dass durch eine leistungswirksame Änderung oder Außerbetriebnahme einer steuerbaren Verbrauchseinrichtung auch die Voraussetzungen zur Teilnahme an den verpflichtenden Vorgaben nach dieser Festlegung und damit auch die Voraussetzungen für die Gewährung einer Reduzierung der Netzentgelte entfallen oder entstehen können.

Neben der in Ziffer 7 geregelten Dokumentation sichert die Ziffer 8 auch eine umfassende Information über die netzorientierte Steuerung. Die Vorgabe verwirklicht zum einen die nach § 13 Absatz 7 EnWG erforderliche Information der von einer Maßnahme nach § 14a EnWG unmittelbar Betroffenen. Zum anderen stellt sie eine umfassende Transparenz über sämtliche Maßnahmen netzorientierter Steuerung, die Art der Steuerung sowie eine Übersicht zu betroffenen Netzbereichen her.

Der Regelungsvorschlag kommt damit den von zahlreichen Konsultationsteilnehmern vorgebrachten Bedenken entgegen, dass Netzbetreiber ungesehen zu weitgehend Gebrauch von der Möglichkeit einer Steuerung auf Grundlage des § 14a EnWG machen könnten. Zugleich gilt es im Rahmen einer aktiven Informationspflicht aber auch, den Aufwand, der dem Bedürfnis umfassender Transparenz entgegensteht, in einem für den Netzbetreiber vertretbaren Rahmen zu halten.

Zu diesem Zweck erfolgt die Information des von der Steuerung unmittelbar betroffenen Betreibers der steuerbaren Verbrauchseinrichtung auf einfachste Weise über die Anzeige der Anlage selbst oder über das Energie-Management-System. Eine darüberhinausgehende Information im Moment der Steuerungshandlung wäre in dem engen Zeitfenster einer akuten Handlung zur Gewährleistung der Systemsicherheit nicht angemessen, da der Netzbetreiber sich vorrangig auf die sichere Netzführung konzentrieren muss. Auch eine nachträgliche

individuelle Information wird nicht vorgesehen. Denn der Aufbau eines weiteren Kommunikationsweges wäre an dieser Stelle nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich. Anders verhält es sich mit der, in der Regel einmalig auftretenden, Information über den Zeitpunkt einer erstmaligen präventiven Steuerung im Sinne von Ziffer 11.5 und damit dem Fristlauf zum Übergang in die netzorientierte Steuerung nach Ziffer 4. Hierfür ist es dem Netzbetreiber zuzumuten, auf den bei Meldung zur steuerbaren Verbrauchseinrichtung oder im Anschlussverhältnis hinterlegten Kontakt für eine Information in Textform zurückgreifen.

Die Information des Lieferanten wird über die in der elektronischen Marktkommunikation vorgesehenen Prozesse sichergestellt. Eine Information weiterer Marktpartner, beispielsweise eines Aggregators, wurden nicht aufgenommen. Sie bleiben der Regelung im Innenverhältnis des Betreibers der steuerbaren Verbrauchseinrichtung zum Dritten überlassen.

Hat der Betroffene Kenntnis erlangt, dass in seinem Netzbereich erstmals Steuerungshandlungen erforderlichen waren, kann er sich zusätzlich selbst über konkrete Steuerungs- und Abhilfemaßnahmen und den jeweiligen Stand informieren.

Verbraucher mit steuerbarer Verbrauchseinrichtung, die Steuerungseingriffe erfahren, aber auch Verbraucher, die die Anschaffung einer steuerbaren Verbrauchseinrichtung erst planen, haben ein berechtigtes Interesse zu erfahren, ob und wie stark ihr Netzbereich von Steuerungseingriffen betroffen ist. Um öffentlich Aufschluss zu geben und für Verbraucher einen möglichst einfachen Zugang zu schaffen, der auch Vergleichbarkeit gewährleistet, ist eine Veröffentlichung aller Netzbetreiber über eine gemeinsam gepflegte Internetplattform in geeigneter Granularität und in datenschutzkonformer Weise geboten. Dafür bietet sich die schon bestehende Internetplattform der Verteilernetzbetreiber nach § 14e EnWG an.

Die Angaben zu den Steuerungseingriffen pro Netzbereich sind zusätzlich mit einer Angabe über Maßnahmen zu versehen, die der jeweilige Netzbetreiber zur Reduzierung der Steuerungsmaßnahmen plant. Nur so wird transparent und nachprüfbar, ob und wie lange mit Eingriffen zu rechnen ist und welche Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Hierfür wäre eine einfache kategorische Darstellung ausreichend.

Gemäß Ziffer 11.6 f. obliegt den Netzbetreibern die Erarbeitung eines Vorschlags für eine einheitliche Ausgestaltung eines bundeseinheitlichen Formats zur Umsetzung der Veröffentlichungspflichten.

Zu Ziffer 9. (Vertragsstrafen)

Um die zur Teilnahme verpflichteten Betreiber steuerbarer Verbrauchseinrichtungen dazu anzuhalten, ihre Anlagen so zu konfigurieren und zu betreiben, dass diese auf entsprechende Aufforderung des Netzbetreibers im Bedarfsfall ihren Leistungsbezug in der vorgegebenen Art und Weise einsenken, sieht es die Beschlusskammer als geeignet und erforderlich an, für den Fall des schuldhaften Unterlassens der Leistungsreduzierung trotz deren Möglichkeit eine Vertragsstrafenvereinbarung zwischen den Beteiligten zu treffen. Dies ermöglicht die schnell umsetzbare und damit breitenwirksame Sanktionierung der Nichtbefolgung der von der vorliegenden Festlegung erfassten Handlungspflichten. Die Beschlusskammer ist damit einer Forderung von Seiten der Netzbetreiber gefolgt, die für

eine im reinen Zivilrechtsverhältnis und ohne weitere Befassung einer Aufsichtsbehörde mögliche und schnell umsetzbare Sanktionierungsmöglichkeit plädiert haben.

Gleiches gilt für den Fall der Nichtanzeige der Außerbetriebnahme einer steuerbaren Verbrauchseinrichtung. Auch in diesem Fall, in dem die abstrakte Gefahr der ungerechtfertigten Vereinnahmung von Netzentgeltermäßigungen besteht, wird die Vereinbarung einer empfindlichen Vertragsstrafe als ein wirksames und zugleich aufwandsarmes Sanktionsmittel erachtet.

Zu Ziffer 10. (Haftungsfreistellung)

Die in Ziffer 10 vorgesehene Regelung zur Haftungsfreistellung soll den Netzbetreiber, der nach § 14a EnWG und den Vorgaben dieser Festlegung in berechtigter Weise eine Reduzierung der Bezugsleistung einer steuerbaren Verbrauchseinrichtung auslöst, vor Haftungsansprüchen schützen, die letztlich aus der Sphäre des Betreibers einer steuerbaren Verbrauchseinrichtung stammen. Hier obliegt es der Verantwortung des Betreibers, durch geeignete technische und/oder organisatorische Vorkehrungen dafür Sorge zu tragen, dass eine Aufforderung des Netzbetreibers zur Leistungsreduzierung nicht zu Schäden führt. Haftungsfreistellungen, die auch nach dem Recht der allgemeinen Geschäftsbedingungen (§ 309 Nr. 7 BGB) nicht formularmäßig vereinbart werden dürfen, sind ausdrücklich nicht umfasst.

Zu Ziffer 11. (Übergangsvorschriften)

Für Verbrauchseinrichtungen, die zum Inkrafttreten der Festlegung bereits eine individuelle §14a EnWG Vereinbarung mit ihrem Netzbetreiber abgeschlossen haben, wird das Fortgelten der individuellen Vereinbarung bis längstens 31.12.2028 zugestanden. Aus Gründen des Bestandsschutzes und um individuelle soziale Härten abzufedern, gilt ein mehrjähriger Übergangszeitraum.

Die im Anschluss für diese Verbrauchseinrichtung geltenden Regeln richten sich nach der konkreten Art der Verbrauchseinrichtung:

- Alle Betreiber von Verbrauchseinrichtungen, deren Verbrauchseinrichtung unter den definierten Kanon dieser Festlegung fallen, haben maximal 5 Jahre Zeit, ihre Verbrauchseinrichtung für die netzorientierte Steuerung nach den Regelungen dieser Festlegung zu ertüchtigen bzw. diese ertüchtigen zu lassen. Anschließend erfolgt eine verpflichtende Überführung durch den Netzbetreiber in die netzorientierte Steuerung nach den Vorgaben dieser Festlegung.
- Eine entsprechende Nachrüstung von Nachtspeicherheizungen aus dem Bestand, insbesondere hinsichtlich der erforderlichen Steuerungstechnik sowie der dazugehörigen Kundenanlage, würde gleichwohl einen wesentlich höheren technischen und finanziellen Aufwand mit sich bringen, der aus Sicht der Bundesnetzagentur nicht gerechtfertigt werden kann. Es werden schon seit vielen Jahren keine neuen Nachtspeicherheizungen mehr eingebaut. Vielmehr gehen sie sukzessive außer Betrieb. Gleichwohl tragen sie aufgrund der oftmals über den Tag hinweg vereinbarten mehrstündigen strombezugsfreien Zeitfenster zu einer spürbaren

Entlastung der Netzbereiche bei. Dieser Beitrag zur Entlastung der Netzbereiche, insbesondere in Hochlastzeitfenstern, ist bis zur Außerbetriebnahme der Nachtspeicherheizungen unverzichtbar. Mit dem Austausch, dem Ersatz oder dem Umbau der Anlage endet allerdings dieser Bestandsschutz.

- Der Beschlusskammer ist bekannt, dass es neben den steuerbaren Verbrauchseinrichtungen im Sinne dieser Festlegung und den Nachtspeicherheizungen derzeit vereinzelte Verbrauchseinrichtungen gibt, die eine individuelle §14a EnWG Vereinbarung mit ihrem Netzbetreiber geschlossen haben. Der Beschlusskammer wurden als derartige Fälle sowohl Beregnungsanlagen als auch öffentliche Ladepunkte genannt. Hinsichtlich der öffentlichen Ladepunkte wird auf die Ausführungen zu Ziffer 2.4 verwiesen. Darüber hinaus verfolgt die Beschlusskammer mit der Ausgestaltung einer bundesweit einheitlichen Regelung eine Vereinfachung und Standardisierung der Abwicklung der Steuerung aller Verbrauchseinrichtungen nach § 14a EnWG. Die wenigen Bestandsverbrauchseinrichtungen, die nicht unter den festgelegten Kanon fallen und ggfs. besondere Restriktionen aufweisen, werden nach der Übergangszeit nicht in die netzorientierte Steuerung überführt.

Anlagen, die steuerbare Verbrauchseinrichtungen im Sinne dieser Festlegung sind, die allerdings zum Inkrafttreten der Festlegung keine individuelle §14a EnWG Vereinbarung mit ihrem Netzbetreiber abgeschlossen haben, fallen nicht unter die Teilnahmeverpflichtung dieser Festlegung. Betreiber dieser Verbrauchseinrichtungen haben sich vor Inkrafttreten dieser Festlegung gegen eine Ertüchtigung ihrer Verbrauchseinrichtung für steuernde Eingriffe und gleichzeitig gegen die Inanspruchnahme einer Netzentgeltreduktion, entschieden. Zudem haben sie Verbrauchseinrichtungen wie z.B. Wärmepumpen ggfs. nicht mit einem hinreichenden Pufferspeicher ausgerüstet, der eine vorübergehende Dimmung kompensieren könnte.

Die Beschlusskammer befürwortet es, wenn Betreiber steuerbarer Verbrauchseinrichtung auf eigenen Wunsch bereits vor Ende der Übergangsfrist in die netzorientierte Steuerung wechseln möchten. Der Netzbetreiber kann den Wechsel vor Ablauf der Übergangsfrist daher nicht ablehnen. Sollte zu diesem Zeitpunkt der Netzbetreiber allerdings seinerseits noch nicht die netzorientierte Steuerung nach den Vorgaben dieser Festlegung durchführen, kann er im festgelegten Rahmen vorübergehend auch in diesem Fall die präventive Steuerung praktizieren.

Da ab dem 01.01.2024 keine individuellen §14a EnWG-Vereinbarungen zwischen dem Betreiber einer steuerbaren Verbrauchseinrichtung und dem Netzbetreiber abgeschlossen werden können, die von den Vorgaben dieser Festlegung abweichen, ist ein erneuter Wechsel der steuerbaren Verbrauchseinrichtung bzw. eine „Rückkehr“ zu den bisher vereinbarten Konditionen ausgeschlossen.

Die Beschlusskammer hat eine Vielzahl von Stellungnahmen bekommen, die eine Verkürzung der Übergangsfrist einfordern. Begründet wird dies insbesondere mit der Sorge, dass gegebenenfalls einige Netzbetreiber erst zum Ende der im Eckpunktepapier skizzierten fünfjährigen Übergangsfrist damit beginnen könnten, die Voraussetzungen für die Umsetzung der netzorientierten Steuerung zu schaffen und mit dem Auslaufen der Übergangszeit zum 01.01.2029 die ausnahmslose netzorientierte Steuerung nicht garantiert sei. Darüber hinaus erscheint vielen Stellungnehmern eine Übergangsfrist von fünf Jahren generell als ein zu langer Zeitraum. Sie führen in diesem Zusammenhang unter anderem aus, dass der durch das GDNEW beschleunigte Rollout der iMS die Beobachtbarkeit der

Niederspannung bereits früher ermögliche. Wenige Netzbetreiber führen aus, dass die Übergangsfrist zu kurz sei.

Die Beschlusskammer hat die vorgebrachten Argumente sorgfältig abgewogen und darauf basierend die entsprechenden Regelungen überarbeitet. Sie sieht eine Übergangsfrist von fünf Jahren grundsätzlich als erforderlich an, da einerseits zwar mit dem beschleunigten Rollout der iMS die Beobachtbarkeit der Niederspannungsnetze erhöht werden kann, andererseits in kurzer Zeit nicht flächendeckend mit einer Beobachtbarkeit der Niederspannung in der erforderlichen Qualität gerechnet werden kann. Zudem beinhaltet der Aufbau der notwendigen IT-Ausstattung und Verfahrensweisen zur Netzzustandsermittlung in der erforderlichen Qualität durch die Netzbetreiber entsprechende Zeit.

Gleichwohl nimmt die Beschlusskammer die Befürchtungen sehr ernst, dass gegebenenfalls einige Netzbetreiber zu spät mit der Ertüchtigung ihrer Systeme und Prozesse beginnen könnten und sieht daher nunmehr eine sukzessive Umsetzung der netzorientierten Steuerung in einzelnen Netzbereichen vor. Statt der im Eckpunktepapier skizzierten pauschalen fünfjährigen Übergangszeit sieht die Beschlusskammer nunmehr direkt mit dem Inkrafttreten der Festlegung die netzorientierte Steuerung vor und ermöglicht lediglich dem Netzbetreiber pro Netzbereich maximal 24 Monate hinsichtlich konkret aufgeführter Punkte von den Vorgaben der netzorientierten Steuerung abzuweichen und präventiv zu steuern.

Daher hat der Netzbetreiber im Falle einer nach dem 01.01.2024 neu in Betrieb genommenen steuerbaren Verbrauchseinrichtung bzw. einer wechselwilligen steuerbaren Verbrauchseinrichtung zu prüfen, ob in dem jeweiligen Netzbereich bereits eine netzorientierte Steuerung erfolgt bzw. erfolgen kann. Ist dies nicht der Fall, wäre im nächsten Schritt zu prüfen, ob eine temporäre Einsenkung zum aktuellen Zeitpunkt in dem betroffenen Netzbereich indiziert ist. Diese Abschätzung gründet entweder auf einer entsprechenden, ggfs. vorübergehenden, Messung oder der Netzplanung. Sofern aus Sicht des Netzbetreibers eine Überlastung des Netzbereichs zu befürchten und der Netzbetreiber noch nicht in der Lage ist, die netzorientierte Steuerung vollumfänglich umzusetzen, kann er für einen Übergangszeitraum von 24 Monaten in diesem Netzbereich eine präventive Einsenkung der steuerbaren Verbrauchseinrichtungen vornehmen und von den Vorgaben zur netzorientierten Steuerung in der aufgeführten Art und Weise abweichen. Nach Ablauf von 24 Monaten nach erstmaliger präventiver Steuerung in diesem Netzbereich kann der Netzbetreiber in diesem Netzbereich nicht mehr präventiv den netzwirksamen Leistungsbezug einsenken. Er muss daher den Übergangszeitraum von 24 Monaten nutzen, um entweder Maßnahmen zu ergreifen, die die Überlastungen des Netzbereichs beseitigen oder die entsprechenden organisatorischen, prozessualen und IT-technischen Voraussetzung für eine netzorientierte Steuerung zur Vermeidung einer akuten Überlastung des Netzbereichs zu schaffen. Eine eventuelle anteilige Begrenzung der Leistungseinsenkung führt im Übrigen nicht zu einer Verlängerung der 24 Monate.

Die präventive Steuerung ist auf eine maximale Dauer von 2 Stunden täglich beschränkt, um auch während der maximal 24 Monate andauernden Übergangsphase einen möglichen Komfortverlust des Betreibers zu beschränken. Während dieser Zeit gelten die anderen Vorgaben der netzorientierten Steuerung, wie z.B. die permanent zugestandene Netzbezugsleistung in Höhe von 4,2 kW usw., unverändert.

Zur Ermöglichung der massengeschäftstauglichen und standardisierten Durchführung der netzorientierten Steuerung verpflichtet die Beschlusskammer die Netzbetreiber gemeinsam

einheitliche konkretisierende Vorgaben zu Fragen rund um die netzorientierte Steuerung bis zum 01.10.2024 zu erarbeiten und diese der Beschlusskammer vorzulegen. Dies kann sowohl den Verweis auf bereits etablierte technische Regelwerke, Anpassung dieser auf die besonderen Anforderungen der netzorientierten Steuerung sowie ggfs. die erstmalige Erarbeitung von Regelwerken beinhalten. Durch die Verpflichtung der Netzbetreiber zur technischen Konkretisierung der aufgeführten Vorgaben greift die Beschlusskammer auf das dort vorhandene technische Wissen und die einschlägige Erfahrung der technischen Regelsetzer zurück und sichert dadurch eine praxistaugliche Umsetzung der Festlegung.

Die Verwendung dieser Standards entlastet den einzelnen Netzbetreiber und trägt gleichzeitig zu einer bundeseinheitlichen Abwicklung der netzorientierten Steuerung bei. Auch die Verwendung eines Mustervertrags mit den Inhalten dieser Festlegung leistet einen wesentlichen Beitrag zu einer effizienten Abwicklung der netzorientierten Steuerung durch die Netzbetreiber.

Mit dem Inkrafttreten dieser Festlegung wird voraussichtlich die netzorientierte Steuerung mittels iMS noch nicht massengeschäftstauglich umgesetzt werden können. Allerdings soll dem Betreiber einer steuerbaren Verbrauchseinrichtung dadurch kein Nachteil entstehen. Deshalb sichert die Beschlusskammer dem Betreiber, sofern in seinem Fall durch den Messstellenbetreiber (noch) kein iMS eingebaut wird, einen Anspruch gegenüber dem Messstellenbetreiber bzw. dem Netzbetreiber für eine Bereitstellung geeigneter technisch alternativer Mess- und Steuerungseinrichtungen zu. Dies beinhaltet sowohl den Anspruch gegenüber dem grundzuständigen Messstellenbetreiber hinsichtlich des Einbaus und Betriebs einer modernen Messeinrichtung als auch den Anspruch gegenüber dem Netzbetreiber hinsichtlich des Einbaus und Betriebs eines (konventionellen) Tarifschaltgeräts für die Abbildung von zeitvariablen Tarifen als auch für die Durchführung der Steuerung der steuerbaren Verbrauchseinrichtungen.

Zu Ziffer 12. (Inkrafttreten)

Die Festlegung tritt zum 01.01.2024 in Kraft, so dass es bei den zunehmenden Netzanschlussersuchen insbesondere von Wärmepumpen und Wallboxen nicht zu Verzögerungen oder Ablehnungen beim Anschluss aufgrund potenzieller Überlastungen einzelner Netzbereiche kommt, sondern stattdessen eine Dimmung der netzwirksamen Bezugsleistung bei Bedarf durch den Netzbetreiber möglich ist.